

**Bezugspreis:**  
frei ins Haus monatlich 4,— Mark.  
Einzelnummer 30 Pfg.  
Bestellungen sind an die Expedition  
Brotbänkengasse Nr. 14, zu richten.

# GAZETA

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Danzig, Brotbänkengasse Nr. 14  
Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1307  
Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.  
Danzig, Hundegasse Nr. 85

# DZIENNIK GDAŃSKI

Nr. 20

Danzig, den 29. Dezember 1921

I. Jahrg.

## Die Danziger Regierung empfiehlt die Ratifikation des Danzig-polnischen Vertrages. Eine bemerkenswerte Rede des Senatspräsidenten Sahm vor dem Volkstag.

In der gestrigen Sitzung des Danziger Volkstages hielt der Präsident der Freien Stadt Danzig, Herr Sahm, folgende bemerkenswerte Rede:

Meine Damen und Herren!  
„Es ist ein alter und schöner Traum des polnischen Volkes, mit der deutschen Stadt Danzig in Frieden zu leben“.

Mit anderen Worten gesagt, möchte ich folgenden Grundsatz mit gleicher Tendenz gegenüberstellen: Wenn der Freien Stadt Danzig ihre Freiheit und ihr Deutschtum unangetastet bleiben, dann sind Regierung wie Bevölkerung, verkörpert durch das Parlament, bereit, unter voller Achtung des durch den Vertrag von Versailles bedingten Zustandes und des durch diesen gewährleisteten Rechtes Polens auf den freien Zugang zum Meere ein friedliches Einvernehmen mit Polen zu erhalten und zu fördern. Die Regierung der Freien Stadt Danzig hofft, dass diese Worte das Leitmotiv geben werden, unter dem sich die heutigen Beratungen des Volkstages über das Danzig-polnische Abkommen vom 24. Oktober 1921 vollziehen werden.

Das zur Beratung stehende Abkommen hat zwei Grundlagen: in erster Linie geht es zurück auf den Artikel 104 des Vertrages von Versailles. Die Väter dieser Bestimmung waren sich sichtlich darüber klar, dass es nicht möglich war, in den durch den Gesamtvertrag bedingten Rahmen bei den komplizierten wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich in unserer schnelllebigen Zeit herausgebildet hatten, alle Einzelheiten für die als notwendig erachteten, engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Freien Stadt und Polen schon im Friedensvertrage festzulegen. Es war deshalb im Artikel 104 vorgesehen, dass die alliierten und assoziierten Hauptmächte sich verpflichteten, ein Uebereinkommen zwischen der polnischen Regierung und der Freien Stadt Danzig zu vermitteln. Es ist noch in unserer aller Erinnerung, welche ungeheuren Schwierigkeiten bis zum endgültigen Zustandekommen der sog. Konvention vom 9. November 1920 zu überwinden waren. Das über diese Verhandlungen dem Volkstage vorgelegte Grünbuch gibt fast auf jeder Seite Zeugnis davon, wie fast unüberbrückbar die gegenseitigen Auffassungen und Ansprüche sich gegenüber gestanden haben. Und als am 27. September 1920 die vom Volkstage gewählte Danziger Delegation — mit frischem Wagemut, weil unaufgefordert — ihre Reise nach Paris antrat, da war sie sich in allen ihren Mitgliedern der schweren Verantwortung ihrer Aufgabe bewusst, welche sie gegenüber der Freien Stadt und letzten Endes gegenüber der Geschichte zu tragen hatte. Aber noch grösser war die Verantwortung, welche die Danziger Delegation übernahm, als sie am 8. November einstimmig beschloss, der Botschafter-Konferenz mitzuteilen, dass die Delegation bereit sei, die Konvention in der jetzt vorliegenden Fassung am 9. November zu unterzeichnen. Worin lag nun die Grösse der Verantwortung? Sie liegt darin, dass die Delegation auch hier wieder einmütig der Ueberzeugung war, dass bei fast jeder Bestimmung der 40 Artikel dieser Konvention in keiner Weise auch nur annähernd zu übersehen war, in welcher Weise nach der guten oder schlechten Seite hin die einzelnen Bestimmungen der Konvention künftighin ausgewertet würden und ferner, weil bei einer ganzen Reihe von Artikeln ausdrücklich oder stillschweigend zur Bedingung der Ausschluss von Ausführungsbestimmungen gemacht war. Knapp mehr als ein Jahr ist seit dem Abschluss jener Konvention verstrichen und diese Zeitspanne ist zu kurz, um auf die erste dieser beiden Fragen befriedigende Antwort geben zu können. Wohl aber waren die beiden Vertragsteile sich bald darüber einig, dass mit allem Ernst an den Abschluss des Ausführungsabkommens gegangen werden müsste, wenn nicht die Konvention als ein unfruchtbarer Torso dastehen sollte. Schon der Umfang des neuen Abkommens — den 40 Artikeln der Konvention stehen 233 Artikel nebst vielen, wichtigen Anlagen gegenüber — zeigt, welche grosse und schwierige Arbeit zu bewältigen war. Und bei einem Vergleich mit der Tätigkeit der Pariser Delegation darf nicht übersehen werden, dass diese ausschliesslich der grossen Aufgabe ihre ganze Kraft widmen konnte, während die Arbeiten für das jetzige Abkommen gewissermassen nebenher, neben dem Aufbau des Staatswesens und der Führung der laufenden Geschäfte erledigt werden mussten. Es sei mir deshalb gestattet, an dieser Stelle allen Danzigern, die seit dem 17. II. d. J. mit soviel Fleiss und Liebe an diesem Werke mitgearbeitet haben, den Dank der Regierung auszusprechen.

Den schönsten Lohn wird diesen Männern freilich nur die Zukunft geben können, wenn es sich erweist, dass dieses Abkommen zum Wohle der Freien Stadt, zu ihrer Entwicklung und hoffentlich zur Blüte wesentlich beigetragen hat.

Man hat nicht ganz mit Recht dieses Abkommen als ein Wirtschaftsabkommen bezeichnet. Schon aus meinen vorhergehenden Ausführungen, mehr noch aber aus dem Abkommen selber geht hervor, dass zwar wirtschaftliche Fragen einen wichtigen Bestandteil seines Inhalts bilden, dass daneben aber auch viele wichtige politische Fragen behandelt und geregelt sind, welche sowohl für das innere politische Leben der Freien Stadt wie für ihre Beziehungen zu Polen und zum Auslande von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind und ich bin überzeugt, dass von den einzelnen Parteien dieses hohen Hauses gerade den politisch auszuwertenden Bestimmungen in positiver oder negativer Kritik besondere Beachtung gewidmet und besondere Bedeutung zugemessen werden wird. Es darf hierbei allerdings nicht verschwiegen werden, dass in einer Reihe von wichtigen politischen Fragen eine Vereinbarung nicht zu erreichen gewesen ist, so dass entweder diese Fragen aus dem Abkommen herausbleiben mussten oder Vorbehalte gemacht sind oder dass spätere Vereinbarungen vorgesehen werden mussten. Man hat nun aus den Äusserungen der Gegenseite wiederholt als leisen Unterton den versteckten Vorwurf herausgehört, dass — wie es beispielsweise über die Kommission für auswärtige Angelegenheiten in einem dem polnischen Sejm erstatteten Bericht heisst — der Danziger Senat überhaupt nicht die Absicht hatte, diese Angelegenheiten zu regeln. Allein diese Auffassung scheint mir nicht ganz zutreffend zu sein. Es hat durchaus nicht von vornherein an dem guten Willen des Senats, eine vertragsmässige Klärung herbeizuführen, gefehlt. Der Grund lag tiefer — in gewissen, an die Grundfesten unseres Staatswesens greifenden Dingen ist ein Kompromiss nicht möglich. Der Senat würde seiner ihm durch die Verfassung auferlegten Pflicht nicht gerecht geworden sein und er würde auf eine Mehrheit für die Ratifizierung eines Abkommens im Volkstage haben rechnen können, wenn er im Wege einer Vereinbarung vielleicht gegen Erwirkung von wirtschaftlichen Vorteilen wichtige Grundrechte unserer Freiheit und unseres Volkstums preisgegeben hätte. Wohin der Weg führt, das haben Ihnen, meine Damen und Herren, die vielen wichtigen Entscheidungen des Oberkommissars des Völkerbundes gezeigt, welche in den letzten Tagen und Wochen bekannt gegeben sind. Es ist hier wohl nicht Ort noch Gelegenheit, zu diesen Entscheidungen im einzelnen Stellung zu nehmen, das muss den Beratungen im Hauptausschusse des Volkstages vorbehalten bleiben. Aber auch die Öffentlichkeit konnte aus diesen Entscheidungen klar und deutlich erkennen, welche Ansprüche von polnischer Seite gemacht wurden und welche Einwände dagegen vom Senat, der hierbei immer naturgemäss in Defensivstellung ist, gemacht worden sind. Das Bild, das sich hieraus ergibt und woraus auch ein Rückblick auf die vorausgegangenen Verhandlungen gewonnen werden kann, zeigt, dass bei fast allen diesen Fragen nach Auffassung des Senats die Republik Polen auf anderem Wege zu erreichen suchte, was ihr durch die Konvention vom 9. November 1920 zu erreichen nicht möglich gewesen ist.(?)

Wenn man aber von diesen durch den Vertrag nicht geregelten Fragen absieht, so muss dankbar festgestellt werden, dass die Verhandlungen, welche schliesslich zu dem Abschluss dieses Abkommens geführt haben, auch auf polnischer Seite von dem ernstesten und konsequent durchgeführten Willen getragen worden sind, die Danziger Auffassung und ihre Begründung zu achten und nach Möglichkeiten widerstrebende Ansichten im Wege der Verständigung zu überbrücken. Ganz besonders haben die in den letzten Tagen geschlossenen ergänzenden Vereinbarungen zu dem Zollabkommen bewiesen, dass Polen mit staatsmännischer Weisheit den Bedürfnissen, man kann weitergehend sagen, den Nöten des Danziger Wirtschaftslebens sich nicht verschliessen will, sondern dass Polen auch an seinem Teile zu einer Stärkung unserer Wirtschaftskraft, zur Förderung der Danziger Unternehmer und Arbeiter bereit ist. Dieses Entgegenkommen, das dankbar von uns gewertet wird, gibt der Hoffnung Raum, dass die Worte der Weihnachtsbotschaft verwirklicht werden mögen: „Frieden auf Erden“.

Der Senat hat einstimmig beschlossen, dem Volkstage die Ratifizierung des Abkommens zu empfehlen.

### Die Stimmung im Wilnagebiet.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass über das künftige Schicksal des Wilnagebietes die Bauernmassen entscheiden werden. Aus ihrem Verhalten lassen sich daher einige Schlüsse für die Zukunft ziehen. Es muss festgestellt werden, dass die bei Weitem überwiegende Mehrheit der Bauern ohne Unterschied der Nationalität sich vollkommen ruhig verhält und sich für die Wahlhandlung sehr lebhaft interessiert. Diese Masse der ländlichen Bevölkerung ist entschlossen, für Polen zu stimmen. Der Bauer im Wilnagebiet ist nämlich vor allen Dingen zufrieden, dass die polnische Verwaltung endlich in diesen Gebieten Ordnung geschaffen hat. Nach den Erlebnissen und den Schicksalsschlägen, die das Land während des Krieges in der bolschewistischen Invasion betroffen hat, hat der Wilnaer Bauer kein Verlangen nach Veränderung der Verwaltungsbehörden.

Die polnischen Behörden bemühen sich allerdings, der ländlichen Bevölkerung möglichst die berechtigten Wünsche zu erfüllen. Von militärischen Requirierungen kann nirgends die Rede sein. Die Sicherheitsverhältnisse haben sich bedeutend gebessert, Handel und Industrie beginnen aufzuleben und sich zu entwickeln.

Das Verhältnis der Bauern zu den Wilnaer Behörden wird noch von zwei Faktoren beeinflusst. Der erste — das ist die Hoffnung auf die Verwirklichung der Agrarreform, für welche die weissruthenische Bevölkerung sich begeistert. Der zweite — das ist die von Russland hereinflutende Welle von Flüchtlingen. Diese elenden und in Lumpen gehüllten, halbverhungerten Gestalten wissen Schreckliches über die Verhältnisse in Sowjetrussland zu erzählen, über den Hunger, die Not, die Gewalttaten und Morde und sind so das beste Agitationsmaterial für Polen. Von Litauen können sich die Bauern keinen rechten Begriff machen und wollen auch nichts wissen. Sie begeistern sich hingegen für alles, was mit polnischer Kultur im Zusammenhang steht. Besonders ist der Drang, die polnische Sprache zu erlernen bei den Massen der dortigen Bevölkerung so gross, dass die Volksschullehrer mit Arbeit überlastet sind, weil sie nicht nur den Kindern, sondern auch den Erwachsenen Sprachunterricht erteilen müssen. Diese Bewegung zeigt mehr als statistische Tabellen für die Sympathien der Wilnaer Bevölkerung. Unter den Juden neigt besonders die ältere Generation und ernste, gebildete und bedachte Männer Polen zu.

## Telegramme.

### Ausweisung von Deutschen aus dem besetzten Gebiet.

Wiesbaden, 28. XII. (WTB.) Wie die Wiesbadener Neueste Nachrichten mitteilen, hat die Rheinlandskommission den Lehrer Prager in Wiesbaden und den Polizeikommissar Schmidt in Ema aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen, Prager, weil er seinen Schülern Mitteilungen über eine im besetzten Gebiete verbotene Broschüre „Die Gegenrechnung“ und Schmidt, der bereits zweimal wegen unkorrekten Verhaltens gegen die Besatzungsbehörden bestraft wurde, weil er tendenziöse und unwahre Berichte über das Verhalten der französischen Polizeibeamten an seine vorgesetzten Stellen berichtet habe.

### Die Vertreter Deutschlands am Donnerstag vor der Reparationskommission.

Paris, 28. XII. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Erklärung: Da die deutsche Regierung die Reparationskommission ersucht hat ihre Vertreter zu empfangen, damit gewisse Aufklärungen gegeben werden können, die sie zur Beantwortung des Briefes der Reparationskommission vom 16. Dezember nötig habe, hat die Reparationskommission beschlossen, diese Vertreter am Donnerstag, den 29. Dezember 3 Uhr nachmittags zu empfangen.

### Deutschland in Cannes vor 9 Gläubigern.

London, 28. XII. (WTB.) Der Pariser Berichterstatler der Morning Post meldet, in Paris gewinne die Ansicht Boden, dass sich Deutschland in Cannes 9 Gläubigern gegenüberstellen sehen werde, die darauf bestehen würden, dass Deutschland zahlen könne und müsse.

### Spaniens Schwierigkeiten in Marokko.

Der Kriegsminister in Melilla.  
Madrid, 27. XII. (Havas) Kriegsminister Lord Cien ist heute vormittag in Melilla angekommen, wo er mehrere Tage bleiben wird. In politischen Kreisen geht das Gerücht, dass er u. a. über die Loskaufung der Gefangenen verhandeln wird, die noch in der Gewalt des Abdel Krim gefangen sind.



## Sowjetrussland knüpft offiziell Handelsverbindungen mit Polen an.

Warschau, 28. XII. (AUE.) „Przegląd Wieczorny“ erfährt, dass das Mitglied der Sowjetvertretung in Warschau, zugleich Vorsitzender des Aussenhandelskomitees Korczakow im Auftrage seiner Regierung in Polen Kaufverträge abschliesst. Herr Korczakow vermeidet es, mit Kaufleuten in Verbindung zu treten und knüpft statt dessen enge unmittelbare Beziehungen mit Industriellen an.

## Polnische Ministerkonferenz in Zakopane.

Warschau, 28. XII. (AUE.) „Przegląd Wieczorny“ meldet, dass Ministerpräsident Ponikowski, der heute früh nach Zakopane gereist ist, in Begleitung eines Sekretärs des Ministerratspräsidiums, sich dort 10 Tage aufhalten und wie vorausgesehen mit den Ministern Michalski und Steslowicz zusammentreffen wird.

## Reichsdeutsche Pressestimmen.

Berlin, das Zentrum der russischen Emigranten und Reaktionen. — Polizeiliche Toleranz den Russen gegenüber. — Träume von einer Revision des Friedensvertrages von Riga. — Eine vereinzelte sachliche deutsche Stimme. — Die „Hundssprache“. — Herbert Eulenberg über Przybyszewski.

Das „Berliner Tageblatt“ beschreibt in einem längeren Artikel die Verhältnisse in Berlin, welche sich infolge der Niederlassung vieler russischer Emigranten dort herausgebildet haben:

„Vom Ende des Jahres 1918 bis in das Jahr 1920 hinein ergoss sich nach Berlin der Hauptstrom aller vor dem Chaos in ihrem Lande flüchtenden Russen. In dem engeren Berlin sind 13 766 russische Emigranten polizeilich gemeldet. Ihre Hauptmasse hat sich aber in den westlichen Vororten Schöneberg, Wilmersdorf und ganz besonders in Charlottenburg angesiedelt. Von unterrichteter Seite wird die Gesamtzahl der in Gross-Berlin sesshaft gewordenen russischen Flüchtlinge auf ungefähr 100 000 geschätzt, wobei zu berücksichtigen ist, dass manche Emigranten in der Eile der Flucht ohne Pass herübergekommen sind und aus Furcht vor Ausweisung ihre polizeiliche Anmeldung zu vermeiden suchen. Ausser Berlin haben Königsberg, Leipzig und Hamburg zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen, insgesamt etwa 20 000.

Aus dem Instinkt, dass für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Russlands Deutschland eine wichtige Rolle spielen wird, konzentrieren sich die in Europa lebenden Emigranten immer mehr in Berlin.“

Die „Rote Fahne“ bespricht diese Nachricht mit folgenden Anklagen:

„Wie dieser Bericht zugibt, ist Berlin immer mehr zum Mittelpunkt der russischen Kontrevolution in Europa geworden. Denn viele der Hunderttausend in Berlin wohnenden russischen Emigranten beschäftigen sich nicht nur mit ihrer Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben, wie das „B. T.“ angibt, sondern sind ebenso lebhaft an kontrevolutionären Vorbereitungen und Unternehmungen beteiligt.“

Ganz abgesehen von dem „roten“ Standpunkt der „Roten Fahne“, ist es eine bemerkenswerte Erscheinung, dass die Berliner Polizei, die sonst auf die Ausländer nicht gut zu sprechen war, die Russen so zart behandelt und das „Berl. Tagebl.“ mit soviel Begeisterung von dem „gesunden russischen Instinkt“ schreibt.

Die „Ostpreussische Zeitung“ bringt natürlich gewohnheitsmässig ihre „Kownoer“ Nachricht, in welcher behauptet wird, dass der Rat der russischen Volkskommissare und die Sowjetregierung die Revision des Friedensvertrages von Riga verlangen. Die deutsche Presse beeilt sich doch gar sehr, gegen die letzten Friedensverträge Sturm zu laufen und ihre baldige Revision zu verlangen. Sonderbarerweise hat man es auf deutscher Seite nach dem Wiener Kongress bis auf 1918 mit der Revision der damaligen Vereinbarungen über hundert Jahre lang durchaus nicht eilig gehabt.

Da muss man ja rein staunen, dass ausser diesen Stimmen und Nachrichten sich im „Berliner Tageblatt“ ein Feuilleton von Herbert Eulenberg unter der Überschrift „Chłedowski“ findet. In welchem wir u. a. lesen:

„Als der Freiherr von Stein, der Staatsmann, der heute manchen Köpfe bei uns wieder klüger als Bismarck vorkommen will, noch als leitender Minister in Preussen tätig war, da musste er einmal eine Prüfungsreise zur Beschäftigung der Verwaltung durch Neustpreussen machen. „Neustpreussen“, so nannte man damals die polnisch-litauischen Gebiete, um Plock, Ostroienka und Suwalki, die bei der dritten Teilung Polens sehr gegen den Willen des dicken Friedrich Wilhelm des Zweiten an Preussen gefallen waren. Ludendorff erhoffte, diesen Landstrich aufs neue Preussen-Deutschland einverleiben zu können. Auf jener Reise kehrte Stein unter andern bei dem Inspektor eines grösseren Kreises ein, der noch dicht an der früheren preussischen Grenze lag, aber bereits weit mehr polnisch als deutsch sprechende Einwohner hatte. Auf die Frage Steins an den Beamten der Krone, ob er auch polnisch verstände und spräche, antwortete dieser, in der Absicht, sich bei dem als treudeutsch bekannten Herrn Minister einzuschmeicheln: „Gott bewahre, Exzellenz! Ich werde mich auch mit solcher Hundssprache nicht abgeben.“ Worauf der einsichtige Hossen-Nassauer Stein ihn sanft beiseite zog und ihm klarmachte, dass eine solche Geringschätzung und Vernachlässigung der fremden Sprache durchaus kein Verdienst von ihm sei. Man lege höheren Ortes vielmehr das grösste Gewicht darauf, dass die hier im Amt befindlichen Herren möglichst bald polnisch lernten, um Verständnis für die hiesige Bevölkerung zu gewinnen. Zudem sei die Kenntnis einer jeden neuen Sprache, und wenn es nur die Mundart der Eskimos sei, für einen jeden Menschen bildend. „Wir würden es jedenfalls lieber sehen“, so schloss Stein seine Belehrung, „wenn Sie Ihre Abende mit dem Erlernen des Polnischen, statt mit Saufen, Kegeln und Kartenspielen verbringen wollten.“

Der Verfasser betrachtet rückschauend die Behandlung, welche die polnische Bevölkerung von deutscher Seite erfahren hat und kommt zu dem für einen Deutschen seltenen Schluss:

„Ohne Zweifel hätte sich ein stärkeres Einverständnis zwischen Deutschen und Polen, zu dem wir uns nun wohl oder übel bequemen müssen, herausgebildet, wenn man von preussischer Seite nicht derart schroff gegen die polnische Sprache vorgegangen wäre. Mit Starrheit und Strenge macht man sich keine Freunde und „Sparta hat nie Kolonien gehabt.“

Eulenberg erinnert ferner an die Zeiten, da der polnische Schriftsteller Stanislaw Przybyszewski in deutscher Sprache schrieb und Sympathie für die Deutschen verriet, aber überall auf Hass stiess. Als Eulenberg selbst einstens Przybyszewski günstig beurteilte, da .... „wurde mir der gebieterische Bescheid zuteil, ich möge mich in Zukunft solcher Verherrlichung eines Polen enthalten. Wir hätten nicht die geringste Veranlassung, den Polen Artigkeiten zu erweisen. Der Bescheid erging unmittelbar aus dem Stabe Ludendorffs, desselben, der damals auf die Millionenarmee Polens hoffte. Sonderbarer Schwärmer! Zu derselben Zeit also, da man von den Polen die Artigkeit verlangte, dass sich ein paar Hunderttausende von ihnen, je mehr, desto besser, an unserer Seite und für unsere Politik umknallen liessen, verweigerte man ihnen selbst auf dem Papier jede noch so billige Artigkeit und Anerkennung. Was auch aus dem Grunde noch doppelt töricht war, weil der Pole für Höflichkeiten und Komplimente bekanntlich sehr empfänglich ist.“

Trotz alledem meint schliesslich Herbert Eulenberg weiter: „Trotz aller gegenwärtig leider auf beiden Seiten so beliebten Schürereien besteht zwischen Deutschen und Polen durchaus nicht der Urhass oder die Blutsfeindschaft, von der heute so viel gefabelt wird. Unzählige Male haben die beiden Völker schon in Krieg und Frieden zusammengehalten. Einen Polenkönig, Johann Sobieski hiess der Tapfere, haben wir die Errettung Wiens von den Türken zu verschulden gehabt, wie uns in der Schule eingebläut worden ist. Und der Verbindung Polens mit Sachsen und seinem König dankt Warschau noch heute seine Hauptschönheiten. Also, historisch ist es durchaus nicht zu begründen, dass man die beiden Völker heute derart gegeneinander hetzt, wie es besonders die Franzosen zu ihrem Besten beliebt. Es hat sogar einmal eine Zeit in Deutschland gegeben — und ihrer gedenkt der schwungvolle Przybyszewski in seiner erwähnten Flugschrift fast mit Tränen in den Augen — wo in Deutschland ein wahrer Polenkult gefeiert worden ist. Das war nach der Niederwerfung des letzten grossen polnischen Aufstandes im Jahre 1830, als sich die geschlagenen Flüchtlinge und Verbannten, unter ihnen als grösster, Chopin, ins westliche Europa ergossen. Damals sangen ihnen Deutschlands Dichter wie Chamisso, Lenau, der Griechenmüller u. a. Trost und Erhebung zu. Das ganze gebildete Deutschland berauschte sich damals an dem polnischen Emigrantenlied: „Von dem Baum im Wetter sanken alle Blätter“, das man um die Wette mit Weberschen Opernarien erklingen liess. Der junge Richard Wagner begleitete vor lauter Polenbegeisterung damals einen ihrer Emigranten, den Grafen Tyskiewicz, vom Hause seines Schwagers Brockhaus, der an der Spitze des Leipziger Polenkomitees stand, bis nach Wien. Und „Polonia“ hiess die erste Orchesterkomposition des späteren Meisters, der sich für die Polen berauschte, wie er in seinen Erinnerungen erzählt.

Platen stimmte die Leier zu einem Vermächtnis der sterbenden Polen an die Deutschen und feierte die um Warschau gefallenen polnischen Aufständischen mit Versen wie diesen:

Ihr edlen Schläfer unterm Sand, o lasst den Kampf euch nicht gereu'n.

Es wird der späteste Pilger einst auf eure Gräber Rosen streu'n.

Einst kommen wird ein freies Volk und pflanzen eine Siegestrophä

Für euch, und ein Simonides besingen dies Thermopylä.

Selbst den Kronprinzen von Preussen, den nachmaligen Erzkürfürst Friedrich Wilhelm IV., versuchte Platen in einem Gedicht, das er ihm von Neapel sandte, für das Volk der Leiden, die Polen, zu begeistern.

Man sieht von der Blutsfeindschaft zwischen den beiden Völkern, die heute in Danzig und in Oberschlesien friedlich zusammenleben müssen, wenn sie anders nicht beide dort zugrunde gehen wollen, war damals in Deutschland nicht die Rede. Und auch heute kann Angehörige der beiden Völker Freundschaft verbinden, wie sie mich beispielsweise mit dem polnischen Kunstschriftsteller Kasimir von Chłedowski vereint“, u. s. w., u. s. w.

Dieser Feuilleton im „Berl. Tageblatt“ wirkt umso überraschender, als das Blatt sonst im allgemeinen durchaus nicht für die wirtschaftliche und kulturelle Annäherung der beiden Nachbarvölker gekämpft hat. Eine Politik muss konsequent der Völkerversöhnung dienen, sonst wird das deutsche „Sparta“ durch einen einzelnen, eingeflochtenen sachlichen und ehrlichen Feuilleton doch kaum aus Polen die „Kolonie“ machen. Eine allgemeine Wendung in der öffentlichen Meinung Deutschlands allein könnte uns Vertrauen einflössen. Aber auch diese vereinzelte Stimme eines Dichters ist zu begrüßen.

**DANZIG**  
Brothänkengasse 23  
Telefon 2871.

Internationale Spedition

**Ed. Niemierski**

Versicherungen, Holztransporte  
Möbeltransporte

Filialen: Birschen  
und Warschau.

## Wirtschaftlicher Teil.

Die polnisch-Danziger Konvention vor dem Verein poln. Kaufleute.

Im Verein polnischer Kaufleute in Warschau führte Dr. Feliks Hilchen über die polnisch-Danziger Konvention ungefähr Folgendes aus:

Man muss sich vergegenwärtigen, dass der Friedensvertrag von Versailles das Verhältnis Danzigs zu Polen nur in ganz groben Zügen festgelegt hat, indem er sowohl die Rechtsform, als auch die Ausführungsbestimmungen ausser Acht liess. Die am 9. November 1920 in Paris abgeschlossene polnisch-Danziger Konvention bedeutet wegen des mangelnden Interesses seitens der interessierten Mächte, vor allem Englands eher eine Entfremdung als eine Annäherung an Polen. Die einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages wurden in einem für uns ungünstigen Sinne gedeutet. Der am 24. Oktober d. Js. abgeschlossene Vertrag ist für Polen ebenfalls ungünstig, weil der Zugang zum Meere durch die Schaffung einer Organisation in Form des Hafenrates, welcher zur Hälfte polnisch und zur Hälfte deutsch ist, stark behindert ist. Die Verzollung der Waren ist Fremden anvertraut worden; der Schutz der polnischen Zollgrenze im Gebiet der Freien Stadt Danzig ist den Beamten Danzigs übertragen worden (uns steht zwar das Kontrollrecht über diese Beamten zu, doch haben wir keine Exekutivgewalt).

Wenn der Vertrag auch für uns nachteilig ist, so war dessen Abschluss für uns doch durchaus erforderlich. Man hat nämlich unter dem Vorwand der Übergangszeit, die sich aus der Abtrennung Danzigs von Deutschland ergab, durch den Abschluss des deutsch-Danziger Wirtschaftsvertrages Danzig eigentlich dem deutschen Wirtschaftsgebiet und nicht dem polnischen angegliedert.

Die Wirtschaftsverhandlungen dauerten ein Jahr und trotz der Unterzeichnung des Vertrages haben sie bislang noch nicht ihren Abschluss gefunden. Man musste rechtliche Grundlagen für die Einverleibung Danzigs in das polnische Wirtschaftsgebiet und das polnische Wirtschaftsleben in Danzig schaffen und musste so unter gewaltigen Opfern Konzessionen machen.

Mit welchen Hindernissen wir zu kämpfen hatten, zeigt schon die eine Tatsache, dass es nicht nur für die Danziger selbst, sondern für den Hohen Völkerbundskommissar zweifelhaft war, „ob Danzig deswegen vom deutschen Reich abgetrennt wurde, um ein polnischer zu werden“.

Ungeachtet aller dieser Reibungen und Schwierigkeiten kann Danzig für Polen in wirtschaftlicher Beziehung sehr nützlich sein, wenn das Reich konform mit der Kaufmannschaft geht und sein Streben auf diese Gesichtspunkte einstellt. Eine grosse Rolle wird hier die Eisenbahntarif-Politik spielen. Wird sie schlecht geführt, so kann sie zur Isolierung Danzigs führen, da es in diesem Falle zweifelhaft ist, ob der Transit über Danzig sich lohnt. Die zweite wichtige Frage ist: „Werden die Danziger in uns nicht diejenigen sehen, die sie polonisieren wollen?“ Auf der gemeinsamen Plattform, die durch den wirtschaftlichen Nutzen gegeben ist, kann sich mit der Zeit ein einträchtliches Zusammenleben erzielen lassen.

In der darauffolgenden Diskussion ergriffen noch die Herren Kryt, Wartalski und Gettlich (ein polnisches Mitglied im Danziger Hafenrat) das Wort und brachten hinsichtlich einiger Artikel des Vertrages ihr Bedenken zum Ausdruck.

Dir. Wartalski hat darüber sein Befremden geäussert, dass man während der Verhandlungen über die Danzig-polnische Konvention nicht kaufmännische Kreise zu Rate gezogen hat.

Herr Gettlich betonte, dass im polnisch-Danziger Vertrag die für uns wichtige Hafenfrage übergangen wurde und führte an, dass es für uns ungeheuer wichtig ist, dass der Danziger Eisenbahnknotenpunkt in polnische Hände übergegangen ist.

**Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Ursprungszeugnisse für Waren deutschen Ursprungs.** Auf Antrag der Handelskammer ist die Gültigkeitsdauer der Ursprungszeugnisse der Handelskammer als Ersatz für die deutsche Einfuhrbewilligung für Waren, die aus Deutschland stammen oder im Freistaat Danzig ganz aus deutschen Halbfabrikaten oder deutschen Rohstoffen hergestellt sind, bis zum 31. Januar 1922 verlängert worden.

## Danziger Devisen vom 28. Dezember.

Devise	28. 12. Geld	28. 12. Brief
Dollarnoten	178,32	178 68
Telegr. Auszahl. London	7 1/4 20	755 80
do. Amsterdam	—	6909,60
Kościuszko-Noten	6 06	6,09
Auszahlung Warschau	6,01	6,04
do. Posen	—	—
do. Pommerellen	—	—

## Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. XII. Grosse Zurückhaltung kennzeichnete den heutigen Verkehr. Die Unsicherheit bezüglich der Entscheidungen über die von Deutschland im Januar und Februar zu leistenden Zahlungen liessen irgendwelche Unternehmungslust nicht aufkommen. Im allgemeinen schien man aber eher optimistischer Auffassung sich hinzugeben. Demgemäss ergaben sich bei fehlendem Angebot vorwiegend um 20—50 % höhere Kurse, insbesondere ergab sich eine feste Stimmung für Montanwerte, für chemische Papiere, Textilaktien und Waggonfabriken. Von Schiffsaktien erfuhr Argo eine beträchtliche Erhöhung, während die übrigen Werte nur wenig verändert aber meist gebessert waren und geringfügige Schwankungen nach oben und unten die Wage hielten. Im Verlaufe zogen die Kurse auf den Hauptumsatzgebieten meist etwas weiter an, wozu eine leichte Befestigung der Devisenpreise nach vormittägiger entschiedener Abschwächung den Anstoss gaben. Das Geschäft belebte sich aber nicht.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Grimsman in Danzig.  
Druck „Towarzystwo Wydawnicze Pomorskie“.  
Verlag „Zjednoczenie Wydawnicze Polskie w Gdańsku“.